Weber's Patent-
Koch- und Backherde
bis 30 Brote backend.
Kochherde
in allen Größen,
Hausbacköfen
in 35 Modellen und Größen,
Räucher- und Aufbewahrungsschränke,
verzinkt, verschließbar in 14 Größen, liefert zu günstigen Fabrikpreisen.
Anton Weber, Ettlingen,
... Staatsbahnhof.

...rankenanstalten.
...lastet nächst den Einkommen... den Krankenanstalten. Krank... ...nder. Die Teuerung treib... ...erschwingliche und die Zah... ...den wird zwangsläufig zurück... ...cht mehr aufzubringen ... ...rntesegen nicht auch einiges ... der Not und zur Verbess... ...e unseres Bezirkskrankenhauses ...ellieren an den Wohltätigkeit... ...en und bitten herzlichst ... ...en sich mildtätige Menschen

...ann.
...n 26. November
... im
...m „Hirsch"
...erhaltung
...dwig Aldinger.

...ub Schwann.
..., den 26. Novbr. 1922
...s zum „Waldhorn"
...nterhaltung
...er höfl. einladet
...er Ausschuss.

Erhard Kärble

...idende

... eines lästigen Federbandes, ...deal" ohne Feder, eigenes ... Kolumbus D. R. P. tragen, ... und drückt nicht, Tag und ... tadelloses Passen. Leib-... ...d-halter usw. Langjährige ... Für alle Bruchleidende per... ...im, Dienstag, 28. Novbr. ... im Gasthaus z. „Blume" ...jberg.
..., Stuttgart, Kronenstr. 46.

...arten
...owie
...zettel
...uckerei, Neuenbürg
...Strom.)

Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 540. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 540 mit Postbestellgeld. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen. Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 18.- ℳ, außerhalb desselben 20.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 10 Mk. Reklame-Zeile 50 ℳ. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 278. | Neuenbürg, Montag, den 27. November 1922. | 80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 25. Nov. Mit Schreiben des Staatsministeriums vom 23. November d. Js. ist dem Präsidium des Landtags der Entwurf eines Gesetzes über Volksbegehren und Volksabstimmung zugegangen.

Stuttgart, 25. Nov. Der Abg. Kübler richtete an das Staatsministerium die Anfrage, ob es bei der Reichsregierung dahin wirken wolle, daß für den Bezug von Markenbrot eine Abstufung nach dem Einkommen in der Richtung eingeführt wird, daß die Bezugsmenge in dem Grade sich vermindert, in dem das Einkommen die vorgeschriebene Höhe übersteigt.

Berlin, 25. Nov. Gegenüber neuerdings wieder auftauchenden Gerüchten wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß eine Aenderung des Ortsklassenverzeichnisses auf der bisherigen Grundlage seitens der Reichsregierung nicht beabsichtigt ist.

Ev. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 23. Nov. In ihrer heutigen Schlußsitzung hat die Landeskirchenversammlung die Beratung des Kirchengesetzes zum Abschluß gebracht und sämtlichen Anträgen des Ausschusses zugestimmt. Auch die Anträge des Ausschusses zu den Ausführungsbestimmungen fanden nach kurzer Aussprache Annahme. Zur Alkoholfrage wurde folgende Entschließung angenommen: Die L.K.V. begrüßt es mit Freuden, daß die Jugend selbst den Kampf gegen den neu erstarkten Alkoholismus aufgenommen hat; sie wünscht, daß seitens des Staates die nötigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um wenigstens die Kinder und die Jugendlichen gegen diesen, gerade für sie gesundheitlich und sittlich besonders verderblichen Feind zu schützen. Die L.K.V. erklärt, daß die Kirche gerne bereit ist, den Staat in diesem Kampf mit ihren Mitteln und soweit ihr Einfluß reicht, aufs Kräftigste zu unterstützen. Hierauf wurde die L.K.V. auf unbestimmte Zeit vertagt.

Umlagepreis und Zentrumspartei.

In einer Zentrumsversammlung, die in Röhlingen OA. Ellwangen im Beisein des Landessekretärs der Zentrumspartei abgehalten wurde, ist folgender Antrag einstimmig angenommen worden: „Die am 19. November in Röhlingen tagende, außerordentlich stark besuchte Zentrumsversammlung richtet an die Landtagsfraktion und darüber hinaus an die Reichstagsfraktion des Zentrums die dringende Bitte, die Preise für das zweite Ablieferungsviertel entsprechend der inzwischen weiter fortgeschrittenen Geldentwertung erhöhen zu wollen, da sonst eine lückenlose Ablieferung des Umlagegetreides gefährdet wird."

Neufestsetzung des Milchpreises.

Am Samstag vormittag ist der Milchpreis für Dezember neu festgesetzt worden. An den Verhandlungen im Haus der Landwirte haben teilgenommen die Vertreter der Milchbedarfsgemeinden, der Landwirtschaftskammer, des Schwäb. Bauernvereins, der Milchproduzentenvereinigung und des Landw. Hauptverbandes. Angesichts der seit der letzten Preisfestsetzung eingetretenen Geldentwertung kam man überein, den Preis auf 80 Mark pro Liter ab Stall zuzüglich einem Verteilungszuschlag von 5 Mark festzusetzen. Damit wurde den Forderungen der Erzeuger entsprochen, die durch ihre Vertreter darauf hinweisen ließen, daß sie auch bei diesem Preis im Dezember nicht auf ihre Gestehungskosten kommen werden, daß ihre Forderungen aber trotzdem ermäßigt worden seien durch die Rücksichtnahme auf die den allgemeinen Lohnverhältnissen entsprechende Wirtschaftslage der Verbraucher. Die Festsetzung des von den Verbrauchern zu erhebenden Preises unterliegt der Regelung durch die Milchbedarfsgemeinden selbst.

Angriffe auf eine Ententekommission.

Vor nicht langer Zeit waren in Passau zwei Ententeoffiziere, die dort die Kasernen inspizierten, bei der Abfahrt tätlich angegriffen worden. Die Folge war eine Protestnote Nollets an die Reichsregierung. Nun wurden in Ingolstadt abermals Ententeoffiziere belästigt. Rein menschlich mag es allenfalls verständlich sein, daß durch das Verhalten Frankreichs gegen Deutschland das deutsche Volk immer mehr in Kampfstellung gegen jeden einzelnen Angehörigen der Feindstaaten tritt — das sollte man sich auch jenseits des Rheins sagen und daraus die Konsequenzen für die Haßpolitik ziehen —, aber alle diese Vorgänge sind bedauerlich, weil sie sinn- und zwecklos sind und weil das ganze deutsche Volk für die Sünden dieser vereinzelten Heißsporne büßen muß.

Ingolstadt, 24. Nov. Das Eintreffen einer zur Kontrolle der Munitionsanstalt bestimmten Ententekommission im Automobil, bestehend aus französischen und italienischen Offizieren, sowie einem deutschen Begleitoffizier, rief einen großen Menschenauflauf hervor. Der Begleitoffizier suchte die Menge zu beruhigen. Eine Armbewegung eines Franzosen wurde von der Menge als Griff nach der Pistole gedeutet. Hierauf setzte ein Sturm auf das Auto ein, das demoliert wurde, wobei sämtliche Fensterscheiben in Trümmer gingen. Die Autobereifung wurde durchschnitten. Unter dem Geschrei der Menge mußte die Kommission unverrichteter Dinge den Rückzug antreten. Die Szene spielte sich in so kurzer Zeit ab, daß ein behördliches Einschreiten nicht möglich war.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Nov. In der Aussprache bemängelte Abgeordneter Ledebour (bei keiner Fraktion) die Abwesenheit des Kanzlers. Der Redner fordert den Reichstagspräsidenten auf, nach dem Kanzler fragen zu lassen, da er bestimmte Auskünfte von ihm zu verlangen habe. So will er Auskunft über das Ergebnis der Untersuchung gegen den Reichsernährungsminister Dr. Müller und richtet an den Vertreter des Kanzlers die Frage, ob Dr. Müller noch Minister ist oder ob er zurückgetreten ist. Es müsse festgestellt werden, wie es möglich sei, daß dieser Mann auch nur einige Stunden habe Minister sein können. Die Sozialdemokratie habe diesen Unglückswurm beseitigt. Der Redner bespricht dann die Regierungsbildung und sagt dem Kabinett Cuno ein baldiges Ende voraus.

Reichskanzler Dr. Cuno, der wegen einer Kabinettssitzung verspätet eintrifft, ergreift dann das Wort. Er teilt mit, daß Dr. Müller einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet habe. In diesem Brief wird Bezug genommen auf die Angriffe in der Freitag-Sitzung des Reichstags, in der gegen Dr. Müller der Vorwurf erhoben worden ist, daß er in der Frage der Rheinlandspolitik eine vom vaterländischen Standpunkte aus nicht einwandfreie Haltung eingenommen hätte. Das Kabinett habe noch in der vergangenen Nacht diese Frage dahin geklärt, daß wegen der damaligen Haltung Dr. Müllers keinerlei Zweifel an seiner vaterländischen Gesinnung gerechtfertigt seien. Dr. Müller habe erklärt, daß seine Tätigkeit sich auf vollkommen verfassungsmäßigem Boden bewegt habe. Trotzdem bitte er den Reichspräsidenten, ihn aus dem Amte des Ernährungsministeriums zu entlassen, zu dem er sich nicht gedrängt habe. Der Reichskanzler stellt weiter fest, daß der Justizminister in der vergangenen Nacht die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft habe. Hierbei habe der Abgeordnete Sollmann-Köln erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Müller zu irgend einer Zeit die Loslösung der Rheinlande gewollt habe. Die Vorwürfe wegen seiner vaterländischen Gesinnung gegen Dr. Müller scheiden hiermit aus. Trotzdem bestehe Dr. Müller auf seinem Rücktritt, weil ihm die zu Tage getretenen Gegensätze die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedeutsames Amt unmöglich machen würden. Der Reichskanzler erklärt, daß er zu seinem Bedauern das Gesuch Dr. Müllers unterstützen müsse, weil in dieser Zeit unfruchtbare Tätigkeit kaum liegen würde, da fruchtbare Arbeit geleistet werden müsse. Er hoffe, daß das Kabinett bald ergänzt sein werde, und appelliere an die verständliche Mitarbeit des Reichstages. (Beifall in der Mitte.) Es sprechen noch Dr. Stresemann (DV.), Leicht (BVp.), von Gräfe (D.Völk.) und Müller-Franken (Soz.).

Weiter liegt vor das kommunistische Mißtrauensvotum. Unter großem Lärm, wobei der Abgeordnete Höllein sich über Vergewaltigung beschwert und die Sozialdemokraten als „Märzverbande" bezeichnet, wird beschlossen, zuerst über das kommunistische Mißtrauensvotum abzustimmen. Dieses wird gegen die Stimmen der Kommunisten und der Gruppe Ledebour abgelehnt. Den kommunistischen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Petersen (Dem.) unterstützen nur die Gruppe Ledebour und die Deutschvölkischen von Gräfe, Wulle und Henning. (Große allgemeine Heiterkeit und Heilrufe.)

In einfacher Abstimmung wird darauf das Vertrauensvotum Petersens mit gewaltiger Mehrheit gegen die Kommunisten und Deutschvölkischen angenommen. (Großer Lärm auf der radikalen Linken und Drohrufe des Abgeordneten Höllein.)

Hetze zum Generalstreik.

Berlin, 25. Nov. In der Reichsbetriebsrätekonferenz wurde gestern von Delegierten des Ruhrgebiets, Mitteldeutschlands und der Pfalz ein Antrag eingebracht, der die baldige Durchführung eines Generalstreiks verlangt. Unmittelbar nach Beendigung der jetzigen Tagung müßten unter Führung der Betriebsräte und unter Hinzuziehung der revolutionären Opposition alle Vorbereitungen für diesen Generalstreik getroffen werden. Eine Debatte fand über diesen Antrag noch nicht statt.

Für 100 Millionen Tumultschäden in Köln.

Die bei den Teuerungskrawallen in Köln entstandenen Schäden werden, wie in der letzten Kölner Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, auf 100 Millionen Mark geschätzt. Es liegen bereits hundert Schadenersatzanmeldungen vor. Nach dem Reichstumultschädengesetz haftet hierfür das Reich zu drei Sechsteln, das Land zu zwei Sechsteln und die Gemeinde zu einem Sechstel. Da sich 80 Prozent der Deutschen Spiegelglasfabriken in ausländischen Händen befinden, geht dieses Geld nun zum größten Teil in die Taschen des Auslandes. In den Debatten über die Ausschreitungen wurde bemerkt, daß die Polizei viel zu schwach sei. Man müsse zwecks Vermehrung der Polizeimannschaften bei der Besatzungsbehörde vorstellig werden, nachdem der gestrige Raubüberfall auf einen Güterzug gezeigt habe, wie unsicher die Lage im besetzten Gebiet ist.

Ausland.

Streik im Schweizer Zeitungswesen.

Der Streik im Schweizer Zeitungswesen dauert noch an. Die Forderungen, die die Buchdrucker vertreten, sind so kommunistisch-sowjetistisch, daß sie kein Verlag annehmen kann. Neben erhöhten Lohnforderungen wollen die Setzer auch ein Mitspruchrecht am geistigen Inhalt der Zeitungen haben, d. h. sie wollen solche Artikel, die mit ihrem eigenen kommunistischen Standpunkt nicht vereinbar sind, nicht setzen. Auch wollen sie im Betrieb mitzureden haben, ferner bei der Festsetzung der Preise gehört werden und Einsicht in die Geschäftsbücher haben.

Morel für ein Moratorium und gegen die Rheinlandpläne.

London, 25. Nov. Im Laufe der Debatte über die Thronrede erklärte der Abg. Morel von der Arbeiterpartei u. a., daß wenn Deutschland kein Moratorium gewährt werde, es wirtschaftlich ebenso zusammenbrechen werde wie Oesterreich. Auch werde jeder Versuch, die Rheinprovinz als Gegenleistung für ein Moratorium zu besetzen, den Widerstand der Arbeiterpartei finden.

Rücktritt des griechischen Kabinetts.

Athen, 25. Nov. Das Kabinett ist zurückgetreten. Die politische Lage ist äußerst verwickelt. Die Militärs sind in der Frage der wegen Hochverrats angeklagten Minister zu keinem Zugeständnis bereit.

Das Schicksal des Exsultans.

London, 23. Nov. Nach Meldungen aus Allahabad wird die Flucht des Sultans von den indisch mohammedanischen Blättern als ein schlaues Manöver Englands betrachtet, dem der für sein Leben besorgte Sultan leicht zum Opfer fallen könne. Der englandfeindliche Teil der indisch-mohammedanischen Presse sieht voraus, daß die Engländer den Sultan als Kalifen nach Indien bringen werden, um auf diese Weise den indischen Islam an England zu fesseln.

Die feierliche Einsetzung des neuen Kalifen.

Paris, 25. Nov. In Konstantinopel hat gestern die feierliche Einsetzung des neuen Kalifen stattgefunden. Wie eine Meldung aus London dazu besagt, haben die Vertreter der Alliierten eine Einladung, an der Feier teilzunehmen, abgelehnt, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß sie durch eine Teilnahme an den Zeremonien zugleich die offizielle Anerkennung des neuen Kalifen ausdrücken wollen. Der neue Kalif Abdul Medzid erklärte einem Vertreter des „Temps", er sei ein großer Freund Frankreichs und werde mit allen Kräften dazu beitragen, daß die guten Beziehungen, die jetzt zwischen Frankreich und der mohammedanischen Welt bestehen, gewahrt werden. Die Sache des Islams habe in der letzten Zeit besonders sympathische Unterstützung bei der französischen Politik gefunden. Er hoffe, daß Frankreich die gleichen Wege weitergehe.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

⊙ **Neuenbürg,** 24. Nov. Für die hiesige Diakonissenstation und die hiesige Kleinkinderpflege ist von Kommerzienrat Schmidt hier der Betrag von 10 000 Mark gestiftet worden. Von 2 anderen Gebern ging zur Tilgung der auf unserem Gemeindehaus ruhenden Schuld je eine Gabe von 8500 Mark ein. Es sind das erfreuliche Zeichen der Wertschätzung dieser für unsere Gemeinde so unentbehrlichen Einrichtungen.

Neuenbürg, 27. Nov. „Ein Tag im Jahre ist den Toten frei." Eingedenk dieser tiefernsten Worte versammelte sich am gestrigen Totensonntag die evangelische Gemeinde in der Stadtkirche zur kirchlichen Trauerfeier für die gefallenen Krieger. Der Kriegerverein 2 beteiligte sich mit umflorter Fahne geschlossen an der Feier. Der Predigt lagen die Worte aus der Offenbarung zugrunde: „Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben". In ergreifenden Worten führte Dekan Dr. Megerlin der zahlreichen Gemeinde u. a. die Kriegserlebnisse, die Leiden der Kämpfer und die Opfer des Krieges, den für das deutsche Volk so unglücklichen Kriegsausgang und die Not der Zeit vor Augen. So manche haben in diesen dem deutschen Volke auferlegten Prüfungsjahren verzagend gefragt: „Gibt es noch einen Gott?" Ja, es gibt einen allmächtigen und allweisen Gott, der die Geschicke jedes einzelnen von uns lenkt, ohne dessen Willen kein Haar von unserem Haupte fällt. Unsere toten Krieger, von denen man bei vielen nicht weiß, wo sie gebettet sind, und alle, die uns schon im Tode voraus gingen, sie ruhen aus von ihrer Arbeit und ihre Werke folgen ihnen nach; sie ruhen bei Gott und in Gott. Mit Gottvertrauen sollen wir unsere aufreibende Arbeit verrichten, den Glauben an diesen allmächtigen und allweisen Gott nicht verlieren und daran glauben, daß es ein Fortleben der Seele gibt, wenn der irdische Leib wieder zu Erde geworden ist. Gleich dem Erfinder des Chloroform, dem englischen Gelehrten Simpson, der auf seinen Grabstein sich die Worte setzen ließ „Und doch lebe ich" sollen auch wir dieser Worte in bezug auf die Ewigkeit eingedenk sein: „Und doch lebe ich". Die erhebende Feier, welche auf alle sichtlichen Eindruck machte, war umrahmt und verschönt durch weihevolle, rein vorgetragene Gesänge des Kirchenchors.

Neuenbürg, 27. Nov. Mit dem gestrigen Sonntag ist der Winter in ernsterer Form eingezogen, reichlicher Schneefall deckt Flur und Wald; bei hellem Wetter ist gleichzeitig leichter Frost mit Eisbildung eingetreten.

Württemberg.

Freudenstadt, 25. Nov. (Stammholzverkauf der Stadtgemeinde). Bei dem Nadelstammholzverkauf der Stadtgemeinde kamen zum Verkauf 462,10 Fm. Langholz 1.—6. Kl. und 29,92 Fm. Sägholz 1.—3. Kl. Das Ausgebot betrug 893 894,50 Mk. Die Angebote für die einzelnen Lose schwankten zwischen 2250 und 4850 Prozent der Oktober-

Taxe (1 Fm. 1. Kl. 2100 Mk). Die Höchstgebote für die 8 Lose wurden von den Firmen Bernhardt und Bruder in Freudenstadt und Gebr. Hinzelmann in Schiltach abgegeben, und zwar für 1. Los 4700%, 2. Los 4700%, 3. Los 4573%, 4. Los 4710%, 5. Los 4850%, 6. Los 4500%, 7. Los 4625%, 8. Los 4637%. Der Gesamterlös beläuft sich auf 41 550 394 Mk. = 4648,3 Prozent der Taxe vom 1. Aug. 1922 oder 410 Prozent der neuen Landesgrundpreise vom 1. Nov. 1922.

Stuttgart, 25. Nov. (Erhöhung der Gebühren für tierärztliche Amtsverrichtungen). In einem Erlaß des Ministeriums des Innern, betr. Reisevergütung, Belohnung und Gebühren für tierärztliche Amtsverrichtungen wie Viehuntersuchung beim Eisenbahn- und Schiffsverkehr, Schlußuntersuchung bei der polizeilichen Beobachtung, Ausstellung von Gesundheitszeugnissen und seuchenpolizeiliche Beaufsichtigung von öffentlichen Tierschauen usw. mit Wirkung vom 27. November an statt um 400% um 1400%, also auf das 15fache erhöht worden. Zugleich wird die Belohnung und Reisevergütung dieser Tierärzte auf 210 und 900 Mark erhöht.

Stuttgart, 25. Nov. (Lohnerhöhung in der Landwirtschaft). Ab 15. November sind sämtliche Löhne in der Landwirtschaft, wie sie seit 1. Oktober in Geltung waren, um 65% erhöht worden. Mit Rücksicht auf die Wochenlöhner läuft das Abkommen vom 13. November.

Stuttgart, 25. Nov. (Bäuerliche Kartoffelhilfe für Stuttgart). In der letzten Gemeinderatssitzung sprach Gemeinderat Dr. Göser als Vorstand des Lebensmittelamts den Dank der Stadt Stuttgart für die Kartoffelhilfe der württ. Landwirtschaft aus. Er erwähnte darin, daß dank der Unterstützungswilligkeit der Landwirte die angemeldeten bedürftigen Personen in Stuttgart voraussichtlich zum größten Teil berücksichtigt werden können. An der Spitze der Lieferungen steht wieder Riedlingen mit über 1700 Ztr. Kartoffeln.

Stuttgart, 25. Nov. (Entschädigung für Pferdeverluste). Der Höchstbetrag der Entschädigung für Pferdeverluste infolge von Kopfkrankheiten oder ansteckender Blutarmut wird von 20000 Mk. mit Wirkung vom 1. Novbr. auf 100000 Mk., vom 1. Dezember auf 150000, vom 1. Januar auf 200000 erhöht.

Stuttgart, 25. Nov. (Entschädigung für Ziegenverluste). Die Entschädigungen, die für die an Maul- und Klauenseuche oder an einer Nachkrankheit gefallenen und für die wegen Maul- und Klauenseuche oder wegen einer Nachkrankheit als voraussichtlich unheilbar geschlachteten Ziegen festgesetzt sind, und die für Herdebuchtiere zu gewährenden Zuschläge werden verzehnfacht.

Stuttgart, 26. Nov. (Warnung für Wohnungsuchende). Ein Brautpärchen half sich aus der Wohnungsnot dadurch, daß es sich ein Haus kaufte, in das es durch das Entgegenkommen des früheren Hausbesitzers sofort einziehen konnte. Das junge Ehepaar konnte sich jedoch über das Glück und darüber, daß es ohne die Schikane des Wohnungsamts ein Nestchen erhalten hat, nicht lange freuen. Eines schönen Tages fuhr der Möbelwagen vor und kundige Hände räumten im Auftrag des Wohnungsamts die Wohnung. Die Einrichtung steht beim Spediteur und das Pärchen hat keine Wohnung mehr.

Böblingen, 25. Nov. (Unter die Räder). Der 51 Jahre alte Schmied Jakob Schmid in Holzgerlingen wollte seiner Arbeit nachkommen, ist dabei anscheinend vom Windstoß des anfahrenden Zuges erfaßt und unter die Räder geschleudert worden. Er war sofort tot.

Tübingen, 26. Nov. (25 Jahre Stadtvorstand). Am nächsten Montag kann Oberbürgermeister Haußer sein 25jähriges Jubiläum als Stadtvorstand begehen. Mit ungewöhnlicher Einmütigkeit ist er als Polizeiamtmann am 27. November 1897 zum Stadtschultheiß gewählt worden. 96 vom Hundert der abgegebenen Stimmen fielen damals auf ihn. Die Bürgerschaft hat diese Wahl nicht zu bereuen gehabt. Tübingen ist unter Haußer gut und umsichtig verwaltet worden und hat auch äußerlich einen großen Aufschwung genommen.

Vaihingen, a. E. 25. Nov. (Tötlicher Unfall.) Der 25 Jahre alte verh. Arbeiter August Fiedler von Roßwag war an dem Steinaufzug im Steinwerk Baresel mit Putzen beschäftigt, als sich der Aufzug in Bewegung setzte. Durch die herabfallenden Steine wurde Fiedler so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus bald verschied.

Weinsberg, 25. Nov. (Steuermüde). Die wiederholte Aufforderung des Stadtschultheißenamts zur Bezahlung der Gemeindeumlage wurde von vielen Steuerschuldnern nicht beachtet. Diejenigen, die noch im Rückstand sind, erhalten deshalb zur Abrechnung mit der Stadtpflege noch eine letzte Frist bis zum 1. Dezember. Für die bis dahin nicht bezahlte Steuer werden Zahlungsbefehle unter Sportelansatz ausgestellt und die zwangsweise Beitreibung mit aller Strenge durchgeführt.

Gmünd, 25. Nov. (Diebesbande). In der Nacht auf Freitag suchte eine Diebesbande die Gegend heim. In Winzingen wurde bei einem Bauern eingebrochen, in Rechberg in der Radwirtschaft, in Straßdorf in der Bahnhofwirtschaft und bei einer Witwe, darauf im Bergschlößle und schließlich in Lorch. Ueberall wurden in der Hauptsache Lebensmittel entwendet, namentlich Fett und Eier. Die saubere Gesellschaft wußte sich bis jetzt aller Nachforschungen zu entziehen.

Gmünd, 25. Nov. (Rücktritt des Stadtvorstandes). Die bevorstehende Gemeinderatswahl wird den Auftakt geben für die bald hinter ihr folgende Stadtvorstandswahl. Oberbürgermeister Möhler hat beim Anlaß seines 25jährigen Amtsjubiläums die Mitteilung gemacht, daß er bis zum Ablauf ds. Jahres aus seinem Amte auszuscheiden wünsche. Die hiesige Bevölkerung die ihrem Oberbürgermeister viel verdankt, bedauert diesen Entschluß, der auch veranlaßt ist durch die vielseitige Inanspruchnahme des Oberbürgermeisters Möhler als Landtagsabgeordneter und als Vertreter des Zentrums bezw. Berichterstatter im Finanzausschuß. Möhler vollendet Mitte Dezember sein 70. Lebensjahr. Die Neuwahl des Stadtvorstandes dürfte im Januar oder Februar zu erwarten sein.

Ertingen, O.-A. Riedlingen, 26. Nov. (Die Holzpreise). Der letzte Verkauf von Stockholz ist ein schlechtes Vorzeichen für die kommenden Preise für Brennholz. Bei ungefähr 70 Teilen war der billigste Teil 25 000 Mk. Der höchste Preis betrug 66000 Mk. Ein Stumpen im Boden kostet also ungefähr 3—5000 Mk. Es wurden im ganzen ca. 3½ Millionen Mark erlöst.

Ulm, 24. Nov. (Keine Messe). Die Wintermesse findet nicht statt. Das Aufstellen der Stände ist eine gar teure Sache. Es haben sich nicht so viele Interessenten für die Plätze und Stände gefunden, daß die Kosten gedeckt würden.

Heimatnot.

Stuttgart, 24. Nov. Sämtliche Minister, mehrere Parteiführer, die leitenden Persönlichkeiten der Religionsgemeinschaften und zahlreiche Verbände wohltätiger und wirtschaftlicher Art erlassen einen Aufruf, um dem schwer bedrängten Mittelstande die dringend notwendige Hilfe angedeihen zu lassen. Der Aufruf weist darauf hin, daß die öffentlichen Mittel nicht ausreichen, um die Not zu lindern. Der größte Teil des bedürftigen Mittelstandes sei überhaupt noch nicht von der öffentlichen Fürsorge erfaßt. Um allen unverschuldet in Not geratenen Volksgenossen eine spürbare Hilfe zu bringen, seien gewaltige Mittel erforderlich. Wenn von 80 000 Personen jede nur 2000 Mark erhalten solle, so seien schon 160 Millionen Mark notwendig. Wie im übrigen Deutschland die Deutsche Notgemeinschaft, so wolle in Württemberg die „Heimatnot" alle Opferwilligen zu einem großen Hilfswerk zusammenfassen. Der Aufruf richtet sich in erster Linie an die leistungsfähigen Kreise von Industrie, Handel und Landwirtschaft mit der Bitte: Gebt rasch und reichlich ab an Geld, Lebensmitteln und Stoff! Er wendet sich aber auch an die Beamten, Angestellten und Arbeiter: Verzichtet auf den Lohn oder Gehalt, wenigstens für eine Stunde im Monat zugunsten eurer schwerbedrängten Volksgenossen! Insbesondere wird die verdienende Jugend aufgefordert, der alten, hilflosen Leute zu gedenken, die ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben und jetzt vor Not und Sorgen nicht mehr hinaussehen. Nur wenn alle zusammenstehen und eine geschlossene Notgemeinschaft bilden, lassen sich im Winter Katastrophen verhindern. Die ersammelten Gelder und Lebensmittel, die ganz in Württemberg verbleiben, werden wie seither zu Einzelgaben, zum Betrieb von Speisungen und Wärmestuben, zu verbilligter ärztlicher Behandlung, zur Unterbringung in Heimen, zur Arbeitsbeschaffung und dergl. verwendet werden. Geldspenden und sonstige Gaben nehmen entgegen die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Stuttgart, Falkertstraße 29 (Postscheckkonto Nr. 2825, Girokonto Nr. 2640 bei der Städt. Sparkasse und Nr. 580 bei der Württ. Landessparkasse, Stuttgart), die Bezirkswohltätigkeitsvereine sowie die durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen.

Baden.

Karlsruhe, 24. Nov. Vor der 5. Strafkammer hatte sich der Taglöhner Josef Dudenhöffer aus Godramstein wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte, ein anormal reizbarer, impulsiver Mensch, hatte ein Verhältnis mit einer Arbeiterin, dem zwei Kinder entsprossen. Er besuchte öfters seine bei ihren Eltern im Stadtteil Mühlburg wohnende Braut, benahm sich aber nicht als zuvorkommender Bräutigam, sondern richtete mehrmals im Zustande der Wut sinnlose Zerstörungen an; bedrohte auch öfters Braut und Schwiegereltern. Es war daher erklärlich, daß die Schwiegereltern nicht für eine Verbindung waren und ein etwas gespanntes Verhältnis zwischen diesen und dem Angeklagten bestand. An einem Freitag abend schoß der Angeklagte aus einem Revolver auf seine Schwiegermutter, nachdem er zuerst in die Luft geschossen hatte. Er traf die Frau so unglücklich, daß das Sehvermögen des einen Auges dauernd verloren bleibt. Auch die ihn verfolgenden Passanten versuchte er durch Schüsse zu vertreiben, was ihm gelang. Der Angeklagte war großenteils geständig. Unter Zubilligung mildernder Umstände erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und einem Monat, abzüglich 4 Monate Untersuchungshaft.

Bruchsal, 24. Nov. Eine junge verheiratete Frau, die gestern mit dem 7,48 Uhr Personenzug nach Karlsruhe fahren wollte, wurde zwischen hier und Untergrombach von einem in demselben Abteil mit ihr allein sitzenden Mann überfallen. Die Frau hatte die Geistesgegenwart, die Notleine zu ziehen, worauf der Wüstling auf der entgegengesetzten Seite aus dem Zuge sprang und im Walde verschwand.

Philippsburg, 23. Nov. Eine Frau von hier zerriß am Sonntag einige Blatt Papier in der Annahme, dies seien Wahlzettel, die von den verschiedenen Parteien ins Haus gebracht wurden. Der Ehemann nahm die vermeintlichen Wahlzettelfetzen und warf sie in den Ofen. Mit Schrecken gewahrten die Eheleute später, daß es Fünfhundertmarkscheine waren. 6000 Mark gingen in Flammen auf.

Kehl, 23. Nov. Durch Inserat wurde gegen Zahlung von Franken ein Zimmer gesucht, auf das zahlreiche Angebote eingingen. Ein Teil der Angebote wurde von dem Auftraggeber bei der Zeitung abgeholt, ein anderer Teil aber von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Die 50 Franken monatlich Zimmermiete haben anscheinend zahlreiche Zimmer in Kehl freigemacht. Ein Deutscher würde in Kehl sicherlich kein Zimmer bekommen haben.

Vermischtes.

Traurige Weihnachten. Es wird dieses Jahr ein trauriges Weihnachten geben, trauriger als je eines seit dem Kriege. Wer kann noch backen? Ein Leipziger Blatt berechnet, daß ein Zentner Weihnachtsstollen, der 1914 57 Mark kostete, sich heute auf 76 000 Mark stellt. Und was soll man schenken? Schon die kleinsten Geschenke erfordern eine Masse Geld. Eine Scheuerbürste ist heute kaum unter 150 Mark zu haben, eine Zahnbürste (mit Holzgriff!) 120 Mark, der kleinste Handkorb 600 Mark und eine Brotkapsel 3500 Mark. Es ist eben alles wahnsinnig teuer geworden, und vielen dürfte es noch nicht zum Bewußtsein gekommen sein, daß eine Stecknadel heute 35 und eine Nähnadel 75 Pfennige kostet! Ein Paar Schnürsenkel kosten die „Kleinigkeit" von 75 Mark; das ist bestenfalls ein Geschenk der reiferen Jugend für die Eltern. An Spielzeug wird es für die größeren Kinder nicht viel geben. In einer Zeit, in der der billigste Radiergummi 10 Mark, die billigste Schreibfeder 4,50 Mark, der billigste Bleistift 20 Mark (ein Koh-i-noor kostet 480 Mark) und ein Schulschreibheft, das früher für 10 Pf. zu haben war, 110 Mark kosten, erfordern diese nützlichen Geschenke von den Eltern schon große Summen, daß wahrlich kein Geld mehr übrig bleibt.

Der Bierverbrauch in München ist nach einer Mitteilung in einer Gastwirteversammlung infolge der hohen Preise so zurückgegangen, daß sich bei vielen Wirten der Ausschank nicht mehr lohnt.

Verhütung eines entsetzlichen Verbrechens. Ein Fabrikbesitzer in Nehan (Oberpfalz) kam in das Kesselhaus seines Unternehmens und sah dort am Boden einen Sack liegen. Er fragte den Heizer, was in dem Sack sich befinde, und erhielt zur Antwort, es seien Lumpen darin. Als der Fabrikbesitzer abgehen wollte, bemerkte er, daß sich in dem Sack etwas rühre. Der Sack wurde geöffnet und man fand darin den einzigen Sohn des Heizers vor. Der Heizer und seine Frau wurden verhaftet. Ersterer gab an, er sei durch seine Frau angestiftet worden, seinen Sohn bei lebendigem Leib zu verbrennen.

Dreieinhalb Millionen für ein Pferd. Am ersten Tag der Trakehner Pferdeauktion, an dem die besten Pferde verkauft wurden, herrschte besonders rege Bietlust. Von den zur Versteigerung gelangten 102 Pferden brachten zwei 3 Mill., 5 über 2 Millionen und 11 über 1 Million Mark. Der höchstbezahlte Preis betrug 3½ Millionen, die der Wallach Perkunos brachte, der an von der Gröben-Hannover ging. Es war die beste Auktion der bisher in Trakehnen abgehaltenen, sie hatten einen beispiellosen Erfolg.

Die rückständige Bestellung. Vor kurzem kam ein bekannter moderner Millionär in die Ladenräume eines größeren Geschäftes zu R., um hier noch einige Sachen für die Winterdeckung zu besorgen. Nachdem dies geschehen, äußerte sich der Käufer in etwas hochfahrendem Tone: Nun bin ich gedeckt, Kist und Kasten voll; Küch und Keller gedeckt, von Trepp zu Trepp alles, alles wohl bestellt! Der Dame war aus Gründen dieses protzenhafte Wesen zuwider und sie bemerkte darauf: Nun alles, alles haben Sie sich wohl noch nicht bestellt! Sicherlich fehlt Ihnen doch der Sarg beim Scheiden. Der Prahler ging etwas verdutzt von dannen.

Schadenersatz für Schäden durch „Wirtschaftliche Sanktionen". Die von den Alliierten Regierungen im März 1921 aus Anlaß des Londoner Ultimatums verhängten „Wirtschaftlichen Sanktionen", insbesondere die Errichtung einer Binnengrenze, haben für das Wirtschaftsleben und die Bevölkerung des besetzten Gebiets mancherlei Schäden zur Folge gehabt. Insbesondere mußten Zahlungen von Zöllen, Gebühren und Einfuhrabgaben auf Grund dieser Maßnahmen im Widerspruch mit den Bestimmungen der deutschen Gesetze geleistet werden. Soweit infolge der wirtschaftlichen Sanktionen entstandenen unmittelbaren Schäden sollen den Geschädigten erstattet werden, soweit eine Abwälzung des Schadens nicht stattgefunden hat. Die Anträge sind bei demjenigen Hauptzollamt anzubringen, in dessen Bezirk die zu erstattenden Beträge entrichtet worden sind. Die Anträge müssen spätestens bis Ende Januar 1923 bei den Hauptzollämtern eingereicht sein. Es kommt nur die Erstattung von Schäden in Frage von mindestens 300 Mark.

Blutige Folgen der Antialkohol-Gesetzgebung. In den ersten Jahren der Gültigkeit der Volstead-Akte sind bei den Versuchen, die Prohibition durchzusetzen, nicht weniger als 1[illegible] staatliche Agenten getötet und rund 3500 Agenten verwundet worden, ein Zeichen auch dafür, mit welchen Mitteln die „bootleggers", die Schleichhändler mit Alkohol, sich gegen die Durchführung der Akte zur Wehr setzen. In diesem Miniatur-Bürgerkrieg sind im Jahre 1920 in den 56 größten Städten der Vereinigten Staaten 252 310 Verhaftungen wegen Trunkenheit und unangemessenen Benehmens erfolgt, im zweiten Jahr der Prohibition 1921 sogar 343 556 Verhaftungen, also 36,21 Prozent mehr noch als im ersten Jahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der wegen Trunkenheit verhafteten Motorfahrer von 3588 auf 5825 oder um 62 Prozent, der wegen verbotenen Handels mit Alkohol Verhafteten von 4829 auf 8252 oder um 60 Prozent und die Kosten für die Antialkoholpolizei sind dem ersten Jahr gegenüber von 81 auf 90 Mill. Doll., also um 11,2 Prozent angewachsen.

Der längste Flug ohne Aufenthalt. Einen Versuch, den amerikanischen Kontinent von San Diego in Kalifornien bis nach Newyork ohne jeden Aufenthalt zu überfliegen, unternahmen die beiden amerikanischen Fliegerleutnants Kelly und Macready. Infolge eines Maschinendefekts glückte ihnen dies allerdings nicht, sondern sie mußten in der Nähe von Indianapolis an Land gehen. Sie stellten jedoch mit ihrer Leistung einen neuen Rekord auf, indem sie 2100 englische Meilen, also etwa 3300 Kilometer, flogen, ohne niederzugehen. Der längste Flug, der vorher ohne Aufenthalt ausgeführt wurde, war der von Sir John Alcock über den Atlantischen Ozean im Jahre 1919 mit 1918 englischen Meilen.

Handel und Verkehr.

Mehlpreis. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Preis für Weizenmehl Spezial 0 von 45 000 auf 44 000 Mk. die 100 Kilo ab Mühle ermäßigt.

Ulm, 25. Nov. Dem Samstagmarkt waren 256 Milchschweine und 4 Läuferschweine zugeführt. Der Handel war flau. Milchschweine kosteten 8—14 000 Mark, Läuferschweine 25—30 000 Mark je das Stück.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Die Lage des Geldmarktes hatte in der letzten Berichtswoche keine so großen Schwankungen aufzuweisen, wie in der voraufgegangenen. Der Dollarkurs und die übrigen Devisenkurse blieben einigermaßen stabil bei langsam weichender Tendenz und erweckten aufs neue die Hoffnung, daß die deutsche Reichsmark ihre niedrigste Bewertung im Ausland überwunden habe. Wie weit diese Hoffnung durch die neue Kabinettsbildung in Berlin und durch die Verhandlungen in Lausanne bzw. die Aussichten auf die Reparationsverhandlungen in Brüssel gestützt werden, möge dahingestellt bleiben. Die Geldknappheit freilich hält an. Die Reichsbank hat vor acht Tagen ihren Diskontsatz wieder erhöht. Kreditgeld ist bei den Banken ungeheuer teuer. Immerhin stand der Dollar am 23. November in Newyork auf 6400, also 556 Mark niedriger als vor 8 Tagen und ungefähr so wie vor 14 Tagen. Im einzelnen kosteten am 23. November 100 deutsche Mark in Zürich 0,08½ (am 16. November 0,07 drei Achtel) Franken; in Amsterdam 0,0392 (0,0345) Gulden; in Stockholm 0,06½ (0,05½) Kronen; in Wien 1175 (910), in Prag 0,51½ (0,47) Kronen und in Newyork 0,01 neun Sechzehntel (0,01 sieben Sechzehntel) Dollar.

Börse. Die S[illegible] ten Woche fast durch[illegible] mäßig, als die Devis[illegible] harrten, obgleich der [illegible] Neigung abzuwarten [illegible] rückgeführt wurde. [illegible] sogar recht lebhaft u[illegible] Kursgewinne, die sich [illegible] wieder auf Textil- u[illegible] Kurssteigerungen gin[illegible] Auch die festverzinsli[illegible] halten.

Produkten[illegible] Ruhe in den Verkehr [illegible] vielleicht am besten d[illegible] halb einer Woche un[illegible] genter zurückging u[illegible] von 56 000 Mark un[illegible] ist ganz zweifellos, d[illegible] handel die übertrieb[illegible] gerufen hat. Der ru[illegible] hier für eine Ernüch[illegible] Berlin Weizen 11 600 [illegible] mergerste 11 300 (—2[illegible] (—1500) Mark.

Warenmark[illegible] hellos. Kaum daß d[illegible] Mark herabgesetzt wi[illegible] steigende Tendenz, be[illegible] in Textilartikeln. A[illegible] in die Höhe gehen un[illegible] werden müssen, an ei[illegible] zu denken, namentlich [illegible] Bankzinsen hinzurech[illegible] les bezahlen müssen, [illegible] kien ausreicht, ohne [illegible] zukaufen.

Viehmarkt. [illegible] Preise scheinen jetzt n[illegible] Schweinen. Zuchtviel[illegible] sind unbezahlbar und [illegible]

Holzmarkt. [illegible] Lage.

Ne[illegible]

München, 25. [illegible] Mittelpartei brachte [illegible] der Staatsregierung [illegible] um Molkereiprodukt[illegible] Bayerns und wichtige [illegible] Menge zu erhalten [illegible] durch Verschiebung i[illegible] einschließlich der Ei[illegible] der Verhängung der [illegible]

München, 26. [illegible] von ihm erfundenen [illegible] Daglfing der 40jäh[illegible] einem Absturzversuch [illegible] Augen seiner Frau [illegible]

Halle, 26. Nov. [illegible] aus einem verschlosse[illegible] gleitung nicht hatte, e[illegible]

Berlin, 27. No[illegible] der Streik der Berlin[illegible] noch verschärft. Wei[illegible] mehr geschlossen. Es [illegible] gerechnet.

Berlin, 27. N[illegible] wurde gestern von [illegible] in Nordosten Berlin[illegible] einem Hinterraum ein[illegible] wollten, wurden ihnen [illegible] Mark geboten, wenn [illegible] abstehen würden. U[illegible] ganze Fälschermateria[illegible] polnischen Generalkon[illegible] Rotare, des polnische[illegible] Inhaber des Lumpen[illegible] körige.

Danzig, 25. N[illegible] sind in den Ausstand [illegible] Danziger Zulagen so [illegible] Reichstarifs erhöht wo[illegible] katischen Volksstimme [illegible] Zeitungen nicht erschie[illegible]

Rom, 26. Nov. [illegible] 90 Stimmen eine Ta[illegible] Vollmacht bis zum 31[illegible] Steuerwesens und der [illegible] Vorschlag Mussolinis [illegible] stimmte Zeit.

Paris, 26. Nov. [illegible] General Nollet infolge [illegible] deutschen Regierung e[illegible] fachung und Sanktione[illegible] dem Aufstand in die [illegible]

Paris, 26. Nov. [illegible] das erklärte, es sei ba[illegible] tationen forderten, Ge[illegible] die Länder setzen zu lo[illegible] portieren. Im Verlau[illegible] land von 472 000 Ba[illegible] die Hälfte importiert, [illegible] land an dritter Stelle [illegible] daß die Deutschen [illegible] Millionen Franken bez[illegible]

London, 25. Nov. [illegible] der „Times" hebt das [illegible] Frankreich herrschende [illegible] Staatsdebatte vom 23 [illegible] für Frankreich und die [illegible]

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Börse. Die Stimmung der Börse war auch in der letzten Woche fast durchweg fest und wurde erst zuletzt unregelmäßig, als die Devisenkurse in ihrer weichenden Tendenz verharrten, obgleich der Rückgang mehr auf Geschäftsstille und die Neigung abzuwarten als auf ernste wirtschaftliche Gründe zurückgeführt wurde. Im allgemeinen war das Börsengeschäft sogar recht lebhaft und ergab zum Teil wieder beträchtliche Kursgewinne, die sich auf alle Umsatzgebiete, besonders aber wieder auf Textil- und Maschinenbauaktien erstreckten. Die Kurssteigerungen gingen zum Teil wieder bis auf 1000 Punkte. Auch die festverzinslichen Anlagewerte zeigten sich gut gehalten.

Produktenmarkt. Allmählich kommt etwas mehr Ruhe in den Verkehr mit Getreide. Hier kann als Wertmesser vielleicht am besten der Mehlpreis dienen, der in Berlin innerhalb einer Woche um mehr als 10 000 Mark für den Doppelzentner zurückging und auch in Stuttgart seinen höchsten Stand von 56 000 Mark um annähernd 10 000 Mark herabsetzte. Es ist ganz zweifellos, daß viel Spekulation und wenig reeller Handel die übertriebenen Preise der letzten Wochen hervorgerufen hat. Der ruhiger gewordene Devisenmarkt sorgt auch hier für eine Ernüchterung. Am 22. November kosteten in Berlin Weizen 11 600 (—1800), Roggen 10 300 (—1200), Sommergerste 11 300 (—2100), Hafer 11 900 (—1100), Mais 11 700 (—1500) Mark.

Warenmarkt. Hier sind die Verhältnisse noch ganz heillos. Kaum daß der eine oder der andere Artikel um einige Mark herabgesetzt wird. Im übrigen zeigt sich überall noch steigende Tendenz, besonders in Schuh- und Lederwaren sowie in Textilartikeln. Auch ist, solange die Kohlenpreise immer noch in die Höhe gehen und die Löhne alle vier Wochen heraufgesetzt werden müssen, an einen merklichen Preisabbau noch gar nicht zu denken, namentlich wenn man auch noch die furchtbar teuren Bankzinsen hinzurechnet, die unsere Kaufleute heute ausnahmslos bezahlen müssen, weil der Erlös aus den verkauften Waren selten ausreicht, ohne Bankkredit genug neue Ware wieder einzukaufen.

Viehmarkt. Die Marktlage ist unverändert, aber die Preise scheinen jetzt nicht weiter zu steigen mit Ausnahme von Schweinen. Zuchtvieh wird zur Zeit wenig gehandelt. Pferde sind unbezahlbar und kosten bis zu 1 Million das Paar.

Holzmarkt. Unveränderte Hausse, unübersichtliche Lage.

Neueste Nachrichten.

München, 25. November. Die Fraktion der bayerischen Mittelpartei brachte im Landtag einen Antrag ein, der von der Staatsregierung alsbald geeignete Maßnahmen erfordert, um Molkereiprodukte und Fleisch für die Bevölkerung Bayerns und wichtige andere Teile des Reiches in ausreichender Menge zu erhalten und einer Verminderung ihrer Menge durch Verschiebung ins Ausland mit den schärfsten Mitteln, einschließlich der Einziehung des gesamten Vermögens und der Verhängung der Todesstrafe entgegenzutreten.

München, 26. Nov. Infolge Nichtfunktionierens eines von ihm erfundenen Fallschirms stürzte heute Nachmittag in Dagling der 40jährige Flugzeugführer Willy Bisten bei einem Absturzversuch aus etwa 400 Meter Höhe vor den Augen seiner Frau nieder und war sofort tot.

Halle, 26. Nov. Auf der Blankenheimer Bahn wurde aus einem verschlossenen Postwagen der eine besondere Begleitung nicht hatte, ein Postbeutel mit 354 000 Mk. geraubt.

Berlin, 27. Nov. Wie die Blätter melden, hat sich der Streik der Berliner Schauspieler im Laufe des Sonntags noch verschärft. Weitaus die meisten Theater haben nunmehr geschlossen. Es wird mit einer längeren Streikdauer gerechnet.

Berlin, 27. Nov. Eine große Paßfälscherwerkstatt wurde gestern von Polizeibeamten in einem Lumpenkeller im Nordosten Berlins ausgehoben. Als die Beamten in einem Hinterraum einen großen Haufen Lumpen durchsuchen wollten, wurden ihnen von dem Inhaber des Kellers 20 000 Mark geboten, wenn sie von einer weiteren Durchsuchung absehen würden. Unter dem Lumpenhaufen wurde das ganze Fälschermaterial vorgefunden, darunter Stempel des polnischen Generalkonsulats in Berlin, eines amerikanischen Notars, des polnischen Generalkonsulats in München usw. Inhaber des Lumpenkellers sind zwei polnische Staatsangehörige.

Danzig, 25. Nov. Die Danziger Buchdruckergehilfen sind in den Ausstand getreten. Sie verlangten, daß die sog. Danziger Zulagen sofort auf 50 Prozent des jeweiligen Reichstarifs erhöht werden. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Volksstimme und einer polnischen Zeitung sind die Zeitungen nicht erschienen.

Rom, 26. Nov. Die Kammer nahm mit 275 gegen 90 Stimmen eine Tagesordnung an, die der Regierung die Vollmacht bis zum 31. Dezember 1923 zur Umbildung des Steuerwesens und der öffentlichen Verwaltung erteilt. Auf Vorschlag Mussolinis vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Paris, 26. Nov. Dem „Petit Parisien“ zufolge hat General Nollet infolge des Zwischenfalls in Ingolstadt der deutschen Regierung eine Note überreicht, die eine Untersuchung und Sanktionen gegen die Personen verlangt, die den Aufstand in die Wege geleitet haben.

Paris, 26. Nov. Der „Matin“ betont, daß Deutschland, das erklärte, es sei bankerott, als die Alliierten die Reparationen forderten, Geld genug besitze, um sich als erstes auf die Länder setzen zu lassen, die Wolle aus Argentinien importieren. Im Verlaufe des Jahres 1921/22 habe Deutschland von 472 000 Ballen Wolle aus argentinischen Häfen die Hälfte importiert. Frankreich komme an zweiter, England an dritter Stelle. Jeder Ballen koste 2000 Franken, so daß die Deutschen an Argentinien dieses Jahr 318 Millionen Franken bezahlten.

London, 25. Nov. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ hebt das in den Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich herrschende Mißtrauen hervor und schreibt, die Senatsdebatte vom 23. November könne kaum angenehm für Frankreich und die Freunde Frankreichs sein. Die Ansichten der Senatoren Hitchcock und Borah würden von der ungeheuren Mehrheit der denkenden Amerikaner geteilt. Beide seien sich eins in dem tiefen Mißtrauen gegenüber der französischen Politik. Die Bedeutung dieser Tatsache brauche nicht erst betont zu werden.

Santa Fe, 27. Nov. Bei einer Explosion in einem Anthrazitbergwerk wurden sieben Personen getötet und über 30 verletzt.

Hinauswerfen

wollen wir unsere Postbezieher nicht, die mit der Nachzahlung für den „Enztäler“ noch im Rückstand sind. Deshalb verlängern wir den Abbruch der Lieferung bis 9. Dezember. Bei Beziehern, von welchen die Nachzahlung bis 1. Dezember nicht eingeht, werden wir dieselbe **am 2. Dezember unter Postnachnahme zuzüglich 20 Mark für Einzugsspesen** erheben.

Wir weisen besonders darauf hin, daß der Anspruch auf Nachzahlung ein gesetzlich rechtlicher ist, da wir die Bezugspreise ausdrücklich freibleibend gestalteten mit Rücksicht darauf, weil die Papierpreise für November und Dezember sich anfangs September nicht feststellen ließen, ebensowenig die im November und Dezember zu zahlenden Löhne und Gehälter.

Verlag „Der Enztäler“.

Rücktritt des Reichsernährungsministers Dr. Müller.

Berlin, 25. Nov. Der Reichsernährungsminister Dr. Müller-Bonn ist von seinem Posten zurückgetreten.

Weitere 100prozentige Erhöhung der Postgebühren?

Berlin, 26. Nov. Den Blättern zufolge berief der Reichspostminister den Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium zum 28. d. Mts. ein. Zur Beratung soll u. a. eine Vorlage des Ministeriums über die neue Gebührenordnung kommen. Infolge der Geldentwertung ist eine 100prozentige Erhöhung aller Gebühren mit Ausnahme der Fernsprechgebühren vorgesehen. Bei den Fernsprechgebühren will man die Grundgebühr auf der bisherigen Höhe belassen, die Gesprächs- und Nebengebühren verdoppeln und die Ferngebühren um das 2½fache erhöhen.

Deutsche Richtigstellung französischer Uebertreibungen über den Bau deutscher Wasserstraßen.

Berlin, 26. Nov. Der französische Minister Le Trocquer hat in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 21. November die Berechtigung der Heranziehung deutscher Arbeiter zum Ausbau der Rhone und der Saone damit begründet, daß Deutschland für seine Wasserstraßen umfangreiche Verbesserungen in Angriff genommen habe und es nicht als Unbilligkeit empfinden könne, wenn es das gleiche in Abtragung seiner Reparationspflicht auch für französische Wasserstraßen aufzuwenden gehalten werde. Le Trocquer berechnet, daß Deutschland gegenwärtig 2750 Kilometer Binnenwasserstraßen ausbaut, bei denen 512 000 PS. Wasserkräfte gewonnen würden und wofür es einen Betrag von 4 Milliarden Goldmark bereitgestellt habe.

Demgegenüber wird von zuständiger Stelle festgestellt, daß der größte Teil der Wasserstraßen, die der französische Wiederaufbauminister seiner Aufstellung zugrunde legt, gar nicht in Angriff genommen ist, möglicherweise auch niemals gebaut wird. Hierher gehört die Verbindung vom Neckar zur Donau über die Rauhe Alb, die Verbindung der oberen Donau mit dem Bodensee, die Verbindung von der Weser zum Main, der Hansakanal und der Nord-Südkanal, die Kanalisierung der Ruhr und die Verbindung der Lippe mit der Ruhr, sowie die Kanalisierung der Lahn. Der Bau des Masurischen Kanals, der von Preußen 1906 begonnen war, wurde eingestellt, da die Lage der Reichsfinanzen den Weiterbau der Wasserstraße nicht zuließ. Von 18 großen Wasserstraßenprojekten, die der französische Wiederaufbauminister in der französischen Kammer vorgetragen hat, bleiben letzten Endes nur 3 übrig, nämlich der Mittellandkanal, die Kanalisierung des Neckars und die Herstellung der Verbindung zwischen Rhein und Donau. Was den Mittellandkanal angeht, so hat das Reich vorläufig davon abgesehen, die beim Ausgang des Krieges bereits in Bau genommene Strecke zu verlängern, es beschränkte sich darauf, das einmal angefangene Teilstück zu beendigen. Für die Neckar- und die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße sind Aktiengesellschaften gegründet, an denen zwar das Reich, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen maßgebend beteiligt sind, die aber als in sich selbst so wirtschaftlich fundiert erscheinen, daß es möglich gewesen ist, und auch künftig möglich sein wird, den größten Teil des Bankapitals ohne irgend eine Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits auf dem freien Geldmarkt zu beschaffen. — Vier Milliarden Goldmark, die der französische Wiederaufbauminister für die deutschen Wasserstraßenpläne berechnet hat, schrumpfen also tatsächlich auf 600 Millionen Goldmark zusammen, d. h. auf 0,45 Prozent der gesamten Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark. Deutschland hat die Wasserstraßenpläne aber nicht in Angriff genommen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen oder den Handel von Frankreich oder irgend einem anderen Lande abzuziehen, sondern glaubt, die hohen Auflagen, die ihm gemacht wurden, nur dann erfüllen zu können, wenn es alle produktiven Kräfte, über die es verfügt, anspannt, insbesondere die wertvollen Wasserkräfte des Neckars, des Mains und der Donau ausbaut. Das Wasserstraßenprogramm Deutschlands ist also ein ausgesprochenes Produktionsprogramm.

Reichskanzler Dr. Cuno im Reichsrat.

Berlin, 25. Nov. Die heutige Sitzung des Reichsrats wurde vom Reichskanzler Dr. Cuno mit einer Ansprache eröffnet, in der er auf seine frühere Tätigkeit im Reichsdienste hinwies und betonte, es sei einer seiner ersten Akte nach Antritt seines neuen Amtes gewesen, sich in Schreiben an sämtliche Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder zu wenden. Denn ich bin überzeugt, fuhr der Reichskanzler fort, daß die uns für die nächste Zeit bevorstehenden Aufgaben nicht gelöst und nicht bewältigt werden können von einem Kabinett, mag es noch so sachlich und noch so sehr den Bedürfnissen der einzelnen Ressorts entsprechend zusammengesetzt sein, allein in Zusammenarbeit mit dem Reichstag, sondern daß wir dabei in den Fragen, die uns im Innern in den nächsten Wochen und Monaten schwer und verantwortlich zu beschäftigen haben werden und in Geschlossenheit des ganzen Reiches nach außen auch für die Fragen, welche die Außenpolitik betreffen, des absoluten Zusammenschlusses und der verständnisvollen Zusammenarbeit der Länder bedürfen. Seinen Wunsch, die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder zu besuchen, werde er nicht verwirklichen können und daher die Herren hierher bitten. Diese Aussprache werde für die Arbeit des Kabinetts grundsätzlich grundlegend sein. Er halte es auch für seine Pflicht, die Mitglieder des Reichsrats von Zeit zu Zeit über die allgemeine Lage zu unterrichten, so daß sie in entsprechender Weise ihren Einfluß von hier aus auf die Länder geltend machen und gleichzeitig auch beratend der Reichsregierung zur Seite stehen können. Im Rahmen der Verfassung werde er die Eigenart und Selbständigkeit der Länder zu erhalten wissen. Von vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Reichsrats erhoffe er einen festen Zusammenschluß der Länder im Reichsverband und eine feste reichsdeutsche Gesinnung aller. Der Reichskanzler bat, ihn mit Rücksicht auf die Tagung des Reichstags zu entschuldigen und übergab den Vorsitz dem Reichsminister des Innern Dr. Oeser. — Bei der Beratung der Tagesordnung stimmte der Reichsrat den Reichstagsbeschlüssen über Abänderung der Gewerbegerichtsverordnung und des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte zu, wodurch die Zuständigkeits-Gehaltsgrenze auf 50 000 Mark bzw. 840 000 Mark erhöht wird, ebenso dem Initiativgesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über die Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandsschäden sowie dem Entwurf der Beitragsordnung der Angestelltenversicherung zu.

siegten Deutschen schuldig sind? Wer kann sie bezahlen? Nicht die deutschen Arbeiter, auch nicht die Enterbten des kleinen Bürgertums. Das Geld muß da gesucht werden, wo es ist. Nun ist sich aber alle Welt einig darüber, daß das öffentliche Vermögen ausschließlich in den Händen der Industriellen und des Handels liegt. Damit muß man auch zugeben, daß die Diskussion jetzt zum mindesten den Vorzug bietet, sich einigermaßen direkt zu vollziehen, wenn wir von den Vertretern der deutschen Magnaten die Summen verlangen, die sie allein uns geben können. — In der „Victoire“ schreibt Gustav Herve, in Frankreich habe man keineswegs die Absicht, das linke Rheinufer zu annektieren. Wenn aber die Deutschen verhindern wollten, daß Frankreich dieses linke Rheinufer hinter den zur Ueberwachung des Ruhrgebiets am Rhein gelagerten französischen Garnisonen als neutralen Staat einrichte, müßten sie sich schon entschließen, den Vertrag von Versailles durchzuführen. Denn er bestimme in den Artikeln 428, 429 und 430 ausdrücklich, daß Frankreich das linke Rheinufer erst zu räumen brauche, wenn die Bedingungen des Vertrags von Deutschland getreulich erfüllt würden. Der Versailler Vertrag sei eben nicht so schlecht gemacht, wie man ihm nachsage.

Die französische Presse zur Programmrede Dr. Cunos.

Paris, 25. Nov. Zur Programmrede des neuen Reichskanzlers schreibt der „Gaulois“, Dr. Cuno habe sich die von seinem Vorgänger entwickelte Auffassung zu eigen gemacht, Deutschland müsse sich zwar zur Leistung der Reparationen verpflichten, aber erst dann, wenn es seine eigenen Bedürfnisse befriedigt, d. h. wenn man ihm die Möglichkeit verschafft habe, seine Wirtschaftslage zu sanieren. Diese Argumentation lasse sich vertreten, indessen könne Frankreich sich nicht mit einem einfachen Versprechen begnügen, wenn es Deutschland die nötige Zeit gewähre, um seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, seinen Verpflichtungen Genüge zu tun. Welche Garantie werde Frankreich haben, daß Deutschland seine Zusage halte, wenn es nicht sofort in den Besitz von Pfändern gelange, die es gegebenenfalls für Versagen seines Schuldners schadlos halte? — Die radikale „Lanterne“ führt aus: Was wollen wir? Etwas von den 52 Prozent von jenen 132 Milliarden, die uns die be-

Poincares Ruf zum Burgfrieden in Frankreich.

Paris, 27. Nov. Bei der Einweihungsfeier eines Kriegerdenkmals in Bouligny hielt Ministerpräsident Poincare eine Rede, in der er nach den üblichen Vorwürfen gegen Deutschland und Oesterreich zum Burgfrieden in Frankreich aufforderte. Vor Ende des Jahres würden sich Frankreich und seine Alliierten vor die ernstesten auswärtigen Probleme gestellt sehen und wichtige Entscheidungen zu treffen haben, von denen größtenteils die Zukunft Frankreichs abhänge. Er persönlich sei von der Größe der zu lösenden Schwierigkeiten so überzeugt, um nicht die Streitigkeiten zu begraben, die die Handlungsfreiheit Frankreichs beeinträchtigen könnten. Er fordere deshalb alle guten Bürger auf, sich um die Regierung der Republik eng zusammenzuschließen, damit diese in den Stand gesetzt werde, Frankreich endlich die Früchte des Sieges und die Wohltaten des Friedens zu gewährleisten.

Deutsche Worte für unsere Zeit.

An Frankreich!

Und wenn ihr Haß auf Lüge schichtet
Und wenn ihr das Recht zu Willen euch beugt:
Es gibt einen Gott, der noch über euch richtet
Und der auch euch seine Allmacht zeigt!

Otto Riebicke.

Bezirks-Wirtsverein.

Die Mitglieder werden auf das **Angebot in der letzten Wirtszeitung** aufmerksam gemacht. Bestellungen müssen bis **Dienstag abend** eingereicht sein. **(Frachtaufschlag!)** Betrag ist beim Unterzeichneten oder Oberamtssparkasse Konto Nr. 197 zu entrichten.

Der Vorstand: Schumacher.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler“** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Soweit verhandlungsreife Sachen vorliegen, finden die Sitzungen des Schöffengerichts für das Jahr 1923 an jedem Freitag und außerdem am **ersten** Montag eines Monats statt, die Sitzungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten an jedem Dienstag und Mittwoch.

Als **Gerichtstag (Lauftag)**, an welchem mündliche Anfragen, Anträge und Gesuche jeder Art beim Richter oder auf der Gerichtsschreiberei vorgebracht werden können, wird der **Donnerstag** jeder Woche bestimmt.

An sonstigen Tagen werden nur besonders dringende Sachen entgegengenommen.

Zugleich wird erneut darauf hingewiesen, daß **Jedermann**, der einen **Rat** in Rechtsangelegenheiten oder **gerichtliche Unterstützung** in irgend welchen Privat- oder Strafsachen, insbesondere behufs **Herbeiführung einer gütlichen Erledigung** haben will, sich ohne alles Weitere mündlich oder schriftlich an das Amtsgericht wenden kann, das ihm **kostenlos** Beistand gewährt. Dies ist umsomehr zu empfehlen, als die Gerichts- und Anwaltskosten in letzter Zeit sehr **bedeutend erhöht** worden sind.

Den 24. November 1922.

Amtsgerichtsrat Scholl.

Gemeinde Kapfenhardt.

Stammholz- u. Stangen-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde bringt aus ihrem Gemeindewald Distr. II Abt. Hauswald zum Verkauf;

Nadelstammholz: Fm.: 13,92 I., 6,68 II., 2,83 III., 6,11 IV., 8,69 V. und 0,95 VI. Klasse, eingeteilt in drei Lose.

Als Bedingungen gelten die staatlichen Holzverkaufsbedingungen. Schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose in Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. November 1922 ausgedrückt sind mit entsprechender Aufschrift bis spätestens

Donnerstag, den 30. November 1922

beim Schultheißenamt einzureichen.

Daran anschließend kommen im öffentlichen Aufstreich aus dem gleichen Waldteil zum Verkauf:

42 Stück Baustangen I. und II. Klasse,
23 Stück Hagstangen II. Klasse,
20 Stück Hopfenstangen I. und III. Klasse.

Nähere Auskunft und Losverzeichnisse erteilt Waldmeister Kirchherr.

Gemeinderat.

Waldbesitzerverband Stuttgart.

Nadel-Stammholz-Verkauf.

Aus den Waldungen der Gemeinde Hirsau:

187 Stück Fi. und Ta., I.—VI. Klasse, insgesamt 128,85 Fm., 8 Stück Fo.

Zahlungsbedingungen: Barzahlung der Hälfte des Kaufpreises am Tage des Zuschlags, des Rests innerhalb vier Wochen.

Schriftliche Angebote zu den Landesgrundpreisen vom 1. November sind spätestens bis **Freitag, den 1. Dezbr., vorm. 11 Uhr**, an die Geschäftsstelle Stuttgart, Büchsenstr. 62, zu richten, von wo Losverzeichnisse erhältlich.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.

Infolge erheblicher Steigerung aller Unkosten für die landw. Berufsorganisation hat der Bezirks-Ausschuß des Vereins am 25. 11. 22 die Leistungen der Mitglieder neu geregelt und es beträgt:

1. der **Mitgliedsbeitrag** für das Jahr 1923 (einschließl. des landw. Kalenders) 100 Mark,
2. die **Bezugsgebühr** für das **Landw. Wochenblatt** im ersten Vierteljahr 1923 100 Mark,

Das Landw. Wochenblatt wurde seither frei geliefert, muß aber jetzt extra bezahlt werden. Die Leistungen sind auf das allernotwendigste beschränkt und ersuchen wir die Mitglieder, dafür einzutreten.

Das Einverständnis der Mitglieder wird angenommen, sofern der Austritt nicht längstens bis **30. November 1922** bei dem Unterzeichneten schriftlich eingereicht ist. Bei **Nichtlandwirten** kann die Mitgliedschaft auf besonderes Verlangen **ohne** das Landw. Wochenblatt zugestanden werden, sofern längstens bis **30. November 1922** darum nachgesucht ist.

Den 25. November 1922.

Vereinsvorstand: Kübler.

Altmetalle

werden zu den **Höchstpreisen angekauft:**

Kupfer	800 ℳ per Kilo,	
Messing	600 „ „ „	
Zink	450 „ „ „	

Blechner bevorzugt.

Kostzial, Pforzheim, Klostermühlgasse 6,
Telefon 2681.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 28. Nov., abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

1) Bausachen.
2) Bürgeraufnahmen.
3) Rechnungssachen.
4) Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

„Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser,

Pickel

Bläschen, Pusteln usw. Sor... [illegible] Dr. W." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Neuenbürg.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt älteren

Mechaniker

(nicht unter 25 Jahren) für dauernde Beschäftigung.

Beller & Fischer.

Weiße Katze,

Schnittzeichen im Fell, **abhanden gekommen.** Rückgabe, sowie Mitteilung über Verbleib gegen Belohnung.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Gesucht geeignete Person zur

Erteilung von deutschem Unterricht,

welche gut französisch spricht.

Hauptmann **Dimeas**,
Hauptmann **Mathaiakis**,
Sanatorium 1, Schömberg.

Felle

jeder Art werden zu den höchsten Tagespreisen gekauft, ebenso gebrauchte

Mehl-Säcke.

Kostzial, Pforzheim, Klostermühlgasse 6,
Telefon 2681.

Wer

etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht

inseriert am erfolgreichsten u. billigsten im

„Enztäler".

Heimatnot.

Schwer lasten heute Sorge und Not auf dem deutschen Volke. Die Preise für die Lebensmittel und den sonstigen notwendigen Bedarf sind für weite Kreise unseres Volkes unerschwinglich geworden. Die Ernte ist unbefriedigend ausgefallen. Mit Bangen sehen Hunderttausende einem strengen Winter entgegen, für den sie sich nicht mit Brennstoffen genügend eindecken können. Nicht alle Volksteile leiden unter dieser Not gleichermaßen. Ja manche ziehen sogar aus ihr noch Gewinn. Die im Erwerbs- und Berufsleben stehenden Personen vermögen sich, auch wenn es oft in kinderreichen Familien schwer fällt, immer noch durchzubringen. Unvergleich schwerer bedrückt aber die Not die Volksgenossen, die **wegen Alters oder Krankheit** keinem Beruf oder Erwerb mehr nachgehen können, die ihr geringes Einkommen aus Rente, Zinsen und dergl. nicht durch Arbeit zu steigern in der Lage sind. Vor allem sind hart betroffen Angehörige des Mittelstands, unter ihnen die Kleinkapitalrentner, die sich durch Arbeit ein kleines Zinseneinkommen gesichert haben, das früher für ihren Lebensabend völlig genügt hätte, das aber jetzt ganz und gar nicht mehr ausreicht. In Württemberg stehen bereits 10000 solcher Kleinrentner in Fürsorge. Dazu kommen etwa 15000 Mittelstandsangehörige, die nicht einmal über ein kleines Zinseneinkommen verfügen. Unter ihnen befinden sich viele geistige Arbeiter und Angehörige der freien Berufe, die, soweit sie noch der Arbeit nachgehen können, unter der geringen Entlohnung der geistigen Arbeit schwer leiden, und sofern sie alt und arbeitsunfähig sind, vor dem leeren Nichts stehen. Für diese Personen ist schon seither die Württ. Mittelstands-Nothilfe eingetreten, ebenso für etwa 5000 alte oder gebrechliche Leute, die dem Arbeiterstande angehören, die aber weder eine Sozialrente noch sonst aus einer öffentlichen Kasse eine Unterstützung beziehen (Altershilfe). Aber auch noch andere Kreise unseres Volkes leiden bitter unter der Not, die sich von Tag zu Tag steigert. Mancher Sozialrentner reicht mit seinen gesetzlichen Bezügen nicht aus, besonders wenn Krankheit in seiner Familie herrscht. Reich, Staat und Gemeinden haben für die bedrängten Volkskreise schon Milliarden aufgewendet. Aber ihre Leistungsfähigkeit hat Grenzen. Die Not ist derart groß, daß die öffentlichen Mittel unmöglich allein ausreichen, um sie zu lindern. Die private Fürsorge, die freiwillige Liebestätigkeit muß ergänzend eintreten. Dazu kommt, daß von den bedürftigen Mittelstandsangehörigen der größere Teil überhaupt noch nicht von der öffentlichen Fürsorge erfaßt ist. Um **allen unverschuldet in Not geratenen Volksgenossen** eine spürbare Hilfe bringen zu können, sind gewaltige Mittel erforderlich. Wenn 80000 Personen aus dem Sammelertrag bedacht werden sollen, und jeder nur mit 2000 Mark, sind schon 160 Millionen Mark erforderlich. Wie im übrigen Deutschland die Deutsche Notgemeinschaft, so will in Württemberg die „Heimatnot" alle Opferwilligen zu einem großen Hilfswerk zusammenfassen.

Wir rufen das württ. Volk auf,

unsern armen Volksgenossen in ihrer Not tatkräftig beizustehen. Wir richten in erster Linie an die leistungsfähigen Kreise von **Industrie, Handel und Landwirtschaft** die Bitte:

„Gebt rasch und reichlich ab an Geld, Lebensmitteln und Stoffen!"

Wir wenden uns aber auch an die **Beamten, Angestellten und Arbeiter**:

„Verzichtet auf den Lohn oder Gehalt, wenigstens für eine Stunde im Monat zu Gunsten Eurer schwerbedrängten Volksgenossen!"

Wir fordern insbesondere die **verdienende Jugend** auf, der alten, hilflosen Leute zu gedenken, die ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben und nunmehr vor Not und Sorgen nicht mehr hinaussehen. Auch der Verzicht auf manches Vergnügen wird nicht nur den hilflosen Alten zugute kommen, sondern auch den Jugendlichen selbst. **Nur wenn alle zusammenstehen und eine geschlossene Notgemeinschaft bilden,** lassen sich in dem kommenden Winter Katastrophen verhindern. Viele arme Volksgenossen sind schon der Verzweiflung nahe. Eine Schande wäre es, wenn wir sie ihrem Schicksal überlassen und sie nicht vor dem Verhungern und Schritten der Verzweiflung bewahren würden.

Die ersammelten Gelder und Lebensmittel, die ganz in Württemberg verbleiben, werden wie seither zu Einzelgaben, zum Betrieb von Speisungen und Wärmestuben, zu verbilligter ärztlicher Behandlung, zur Unterbringung in Heimen, zur Arbeitsbeschaffung und dergl. verwendet werden. Die Durchführung der Sammlung und die Verteilung der Gelder liegt den schon seither in der Mittelstands-Nothilfe und Altershilfe tätigen Organisationen, nämlich der Zentralleitung für Wohltätigkeit und den bei den Bezirkswohltätigkeitsvereinen gebildeten Bezirksausschüssen ob.

Geldspenden und sonstige Gaben nehmen entgegen die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Stuttgart, Falkertstr. 29 (Postscheckkonto Nr. 2825, Girokonto Nr. 2640 bei der städt. Sparkasse und Nr. 580 bei der württ. Landessparkasse, Stuttgart), die Bezirkswohltätigkeitsvereine sowie die durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen.

Staatspräsident Dr. Hieber.
Minister Bolz, Graf, Keil, Dr. Schall.
Landtagspräsident Walter und die Landtagsfraktionsvorstände:
Regierungsrat Bazille (Bürgerpartei und Bauernbund).
Hofrat Bickes (Deutsche Volkspartei).
Scheef (Deutsche demokratische Partei).
Präsident Walter (Zentrumspartei).
Dr. v. Zeller, Vorsitzender der Evangelischen Kirchenregierung.
Dr. Paul Wilhelm v. Keppler, Bischof von Rottenburg.
Oberkirchenrat Dr. Kroner.
Württ. Städtetag.
Württ. Gemeindetag.
Landesverband der Württ. Amtskörperschaften.
Kern, Vorstand der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg.
Württ. Landesverein vom Roten Kreuz.
Landesvereinigung für Innere Mission in Württemberg.
Caritasverband für die Diözese Rottenburg E. V. Württemberg.
Landesverband für Israelitische Wohlfahrtspflege.
Landesausschuß für Arbeiterwohlfahrt in Württemberg.
Landesverband der württ. Industrie (Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände und Verband württ. Industriellen).
Arbeitgeberverband für das Handelsgewerbe.
Verband württ. Bankiers.
Vereinigung württ. Banken und Bankiers.
Arbeitgeberverband deutscher Buchhändler.
Handelskammer Stuttgart.
Handwerkskammer Stuttgart.
Arbeitsgemeinschaft des württ. Einzelhandels.
Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften.
Ortskartell christlicher Gewerkschaften.
Zentralverband des deutschen Großhandels.
Württ. Beamtenbund.
Gesamtbeamtenbeirat.
Landwirtschaftlicher Hauptverband.
Landwirtschaftskammer.
Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften.
Schwäb. Bauernverein Ulm.

Konsum- und Sparverein Neuenbürg u. Umg.

E. G. m. b. H.

Dieser Tage wird Herr **Christ. Allmendinger** die Geschäftsanteile bis zu Mk. 2000 bei unseren Mitgliedern einziehen und bitten wir demselben die Anteile voll bezahlen zu wollen. Wir machen jetzt schon darauf aufmerksam, daß demnächst **Kalketer** ausgegeben werden, aber nur diejenigen Mitglieder berücksichtigt werden können, die ihre Geschäftsanteile **voll** einbezahlt haben.

Ende dieser Woche trifft ein Wagen **Weizen und Gerste** von sehr schöner Beschaffenheit ein und werden jetzt schon Bestellungen hierauf entgegengenommen. Auch die Mehlpreise werden wieder wesentlich teurer und wollen unsere Mitglieder recht frühzeitig ihren Weihnachtsbedarf decken.

Bitte Ausschneiden! **Bitte Ausschneiden!**

Oelmühle Neuenbürg.

Oelsaaten werden geschlagen:

Montag, Dienstag	Mohn,
Mittwoch, Donnerstag	Bucheln,
Freitag	Reps,
Samstag	Lein.

Ernst Mann.